

Das bge als demokratisches Übergangprojekt

Selbstverständlich ist es zutreffend, dass die gegenwärtige Krise eine klassische Krise des Kapitalismus ist: Überakkumulation gehört zu seinem Funktionieren wie die Jahreszeiten zu unserem aktuellen Klima: Sie schlagen mal stärker, mal schwächer aus, aber sie bleiben nie ganz weg. Überakkumulation ist auch empirisch ganz offensichtlich, nicht nur in der Autoindustrie. Gleichzeitig ist die Krise eine Verwertungskrise und auch in diesem Sinne klassisch: Es gibt schlicht zu viel Kapital, als dass es alles zur Durchschnittsprofitrate investierbar wäre. Alle im herkömmlichen Sinne marxistisch Argumentierenden haben insoweit also Recht.

Ebenfalls zutreffend sind alle Aussagen, die darauf hinweisen, dass die aktuelle Krise durch das Zusammenfallen verschiedener Einzelkrisen gekennzeichnet ist: Finanzkrise, Wirtschaftskrise im oben beschriebenen Sinne, Nahrungskrise, ökologische und Klimakrise, Demokratie- und Repräsentationskrise. Ein solches Zusammentreffen führt per se schon zu gewaltigen, kaum beherrschbaren Auswirkungen, dass manche dieser Krisen auch noch besonders schwer sind, verstärkt das nochmals.

Und dennoch ist damit noch nicht das ganze Phänomen erklärt. Vielmehr wird an der aktuellen Krise deutlich, dass es objektive Grenzen der Kapitalakkumulation gibt. Ich habe im Landnahmeartikel unter Bezug auf Rosa Luxemburg gezeigt, dass kapitalistische Produktion nicht um ihrer selbst Willen beliebig und unbegrenzt gesteigert werden kann. Produktion nur um der Produktion Willen ist unmöglich, sagt sie. Produktion muss immer auch zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Und da gibt es zwei Begrenzungen. Erstens sind Bedürfnisse grundsätzlich endlich, während die Kapitalakkumulation als rein quantitativer Prozess der Selbstvermehrung des Werts grundsätzlich unendlich ist. Zweitens zählen im Kapitalismus nur die diejenigen Bedürfnisse, die zahlungsfähig sind.

Beides sind damit keine starren Grenzen. Bedürfnisse können geweckt, gesteigert, neu „erfunden“ werden und das passiert ja auch tatsächlich andauernd. Und die Zahlungsfähigkeit ist ebenfalls durch politische und ökonomische Maßnahmen steigerbar, den entsprechenden Willen einmal vorausgesetzt. Genau darauf setzen ja auch alle „keynesianisch“ orientierten Krisenlösungsvorschläge wie etwa der Green New Deal und haben insoweit durchaus Recht. Ebenfalls richtig ist, dass ein ökologischer Umbau des Kapitalismus nicht prinzipiell undenkbar ist; es vertritt ihn zwar gegenwärtig niemand in den Elite ernsthaft, aber machbar wäre er und der Kapitalismus würde damit auch eine Weile wieder funktionieren können. Ich denke, dass es eine kurze Weile wäre, weil die Kapitalmassen derart gigantisch sind, aber es wäre eine Weile. Richtig ist an solchen alternativkapitalistischen Überlegungen auch, dass die angesprochenen Kapitalmassen größtenteils fiktives Kapital darstellen, also Ansprüche, die man politische entwerfen, streichen könnte. Damit würde man die Verwertungsproblematik quantitativ entschärfen. Wir selbst schlagen ja ebenfalls solche Maßnahmen für aktuelles politisches Handeln vor.

Das löst aber das prinzipielle Problem nicht, dass die Endlichkeit der Bedürfnisse eine objektive Grenze für die Unendlichkeit der Wertverwertung darstellt und dass die reale Kapitalakkumulation schon seit einigen Jahrzehnten an diese Grenze stößt. So gesehen ist das bge ebenfalls kein Krisenausweg. Es führt als Geldbetrag auch nur auf den kapitalistischen Markt – ich habe dazu im Streifzügeartikel geschrieben. Deshalb vertreten wir das bge ja auch in erster Linie als Richtungsforderung und nicht als „Konjunkturprogramm“, obwohl es das auf kurze Sicht ja auch ist. Auf lange Sicht allerdings ist es eine Maßnahme, die den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft mildert. Und das ist die Voraussetzung dafür, dass die

notwendigen Diskussionen um den Umbau der Gesellschaft geführt werden können. Wir haben erstens die politische Macht nicht, eine ökologische Trendwende per Verordnung oder „Ökodiktatur“ herzustellen – und viele AutorInnen gehen davon aus, dass sie nur durch eine solche zu bewerkstelligen wäre. Und zweitens gibt es von denen, die die Macht dazu hätten, niemanden, der wirklich in diese Richtung will. Aber auch wenn es den gäbe oder wenn wir die Macht dazu hätten, wäre es nicht das, was wir wollen. Wir wollen eine selbstbestimmte, demokratische Entwicklung. Und um die überhaupt denkbar zu machen, ist eine Gesellschaft, in der die Menschen ohne materielle Existenzangst die notwendigen Diskussionen führen und die möglichen experimentierenden, suchenden Schritte gehen können, hilfreich. Sie ist nicht die einzige Möglichkeit dazu, Menschen können auch katastrophisch lernen, aber wünschenswerter wäre es anders.

Die Forderung nach dem bge ist also für uns so etwas wie die nach „Brot und Frieden“ für die Bolschewiki: Sie ist das Äußerste, was heute gesellschaftlich mehrheitsfähig werden könnte, also das, was man demokratisch noch als aktuelle Politik fordern kann, ohne dass man dahin kommt, sich gegen den Mehrheitswillen stellen zu müssen. Dabei ist klar, dass wir mehr wollen. Aber über dieses Mehr muss hinterher diskutiert und entschieden werden. Das bge ist kein Vehikel, mit dem wir heimlich den Kapitalismus abschaffen oder den Sozialismus einführen wollen. Aber es eine Forderung, deren Durchsetzung es leichter machen würde, über die Abschaffung des einen und die Etablierung des anderen zu diskutieren.